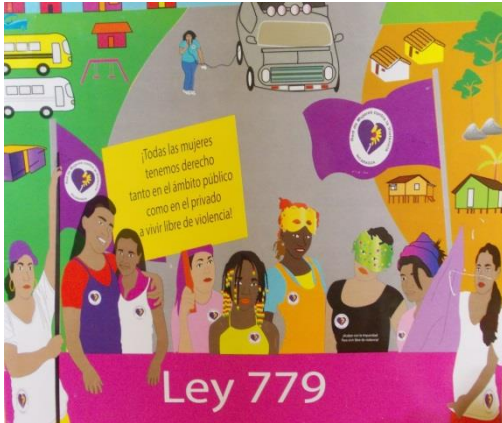


Des Teufels Gesetz



Im Juni 2012 trat in Nicaragua das Allgemeine Gesetz gegen Gewalt an Frauen, Ley 779, in Kraft. Die Frauenbewegung feiert das von ihr erkämpfte Gesetz als Fortschritt, da es einen umfassenden Schutz der Frau vor Gewalt zum Ziel hat. Doch ein Jahr später bewirkte insbesondere die Kirche eine Gesetzesreform, die das Verbot der Mediation zwischen der Frau und dem Gewalttäter aufhob. Die Vergangenheit lehrt, dass Mediation den Ausstieg der Frau aus der Gewaltspirale erschwert und ihren Tod zur Folge

haben kann. Aydil del Carmen Urbina Noguera, Stipendiatin der nicaraguanischen Frauenorganisation MIRIAM und angehende Anwältin, erläutert im Interview die Debatte um das Gesetz 779.

Warum war ein neues Gesetz zum Schutz der Frau notwendig?

Das Gesetz unterscheidet in umfassender Weise verschiedene Formen der Gewalt. Dies ist ein großer Erfolg. Denn bisher wurde in erster Linie die physische Gewalt geahndet und somit nicht alle Manifestationen der Gewalt an Frauen sichtbar gemacht und als Straftat anerkannt. Das Strafmaß für Gewalttaten an Frauen wurde erhöht und der Staat ist in der Verantwortung, Ressourcen zur Vorbeugung und Sanktionierung der Gewalt sowie für die Betreuung der betroffenen Frauen bereitzustellen.



Das Interview führte Wencke Loesener (l.) am 18.11.2013

Welche Gewaltformen werden neben der physischen Gewalt berücksichtigt?

Mit dem neuen Gesetz haben Frauen bessere Möglichkeiten, auch bei Frauenhass sowie sexueller und psychologischer Gewalt vorzugehen. Zudem unterscheidet das Gesetz die Benachteiligung der Frauen durch den Arbeitgeber, durch Behörden und durch den Partner hinsichtlich der Güter und des Vermögens. Außerdem wurde die Gewalt mit Todesfolge aufgrund ungleicher Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau als Fimizid in den Katalog der Straftaten aufgenommen.

Welche Stationen durchläuft eine Frau, die den Täter anzeigen möchte?

Die Anzeige wird von der Polizei aufgenommen, die ein Kommissariat speziell für Frauen eingerichtet hat. Gerichtsmediziner untersuchen die physischen und psychischen Folgen der Gewaltausübung. Die Polizei leitet den Fall an die Staatsanwaltschaft weiter. Bevor das Gericht eingeschaltet wird, prüft die Staatsanwaltschaft, ob die formalen Kriterien für eine Anklage erfüllt sind und die Beweislast ausreichend ist. Das Gericht entscheidet, ob und mit welchen Sanktionen der Täter verurteilt wird.



Empfangsbereich der Rechtsberatung der nicaraguanischen Frauenorganisation MIRIAM

Was passiert, wenn die Staatsanwaltschaft entscheidet, das Gericht nicht einzuschalten?

Die Unterlagen werden bei der Staatsanwaltschaft archiviert.

Und wie erfährt die Frau davon?

Gar nicht, es sei denn, sie selbst fordert die Information über den Stand ihrer Strafanzeige ein. Jede Person hat zwar in Nicaragua das Recht, Auskunft zu erhalten, aber die Staatsanwaltschaft agiert erst auf Anfrage. Als Grund wird zum Beispiel Überlastung angegeben. Für die Frau ist es jedoch eine zusätzliche Belastung, da sie sich zur Staatsanwaltschaft begeben muss, was mit Kosten für die Anfahrt und oft langen Wartezeiten vor Ort verbunden ist. Kennt die Frau ihre Rechte und das Prozedere nicht, läuft ihre Anzeige ins Leere. Erfährt die Frau Unterstützung durch MIRIAM, wird sie entlastet, da unsere Rechtsberatung bei der Staatsanwaltschaft nachhält.

Welche Erfahrungen macht MIRIAM in der Anwendung des Gesetzes?

Im Idealfall wird die Frau von der Polizei beraten, welche Rechte sie hat und welche Schritte sie bis zur Verurteilung des Täters durchlaufen wird. Wir stellen jedoch fest, dass die Mehrzahl der Frauen, ihre Rechte nicht kennt und sich aufgrund der traumatisierenden Gewalterfahrungen nicht stark genug fühlt, um ihre Rechte bis zur Verurteilung des Täters einzufordern. Um so wichtiger ist es, dass MIRIAM den Frauen neben rechtlicher Beratung auch psychologische Begleitung anbieten kann.

Was denkst Du, erschwert den Frauen den Gang bis zum Gericht?

Schon die Strafanzeige selbst kann die Frau in eine unzumutbare Situation bringen. Oft warten die Frauen einen ganzen Tag, bis sie im Polizeirevier empfangen werden. Der Grund ist nicht immer ersichtlich. Zumeist liegt es jedoch schlicht an der Tatsache, dass es nicht genügend Personal gibt oder Papier und Tinte fehlen, um die Anzeige aufzunehmen. Auch fehlt es an der Sensibilisierung und fachlichen Kompetenz im Umgang mit den von Gewalt betroffenen Frauen. Die Frauen fangen an zu zweifeln und sich schuldig zu fühlen, wenn sie von der Polizei eindringlich gefragt werden, ob sie sicher sind, dass sie den Täter anzeigen möchten.

Auch die lange Bearbeitungszeit erschwert das Durchhalten der Frauen. Das Gesetz 779 legt fest, dass die Polizei innerhalb von zwei Tagen alles für die Staatsanwaltschaft aufbereiten muss und die Anklage durch die Staatsanwaltschaft spätestens in 30 Tagen erfolgt. Sobald alle Beweise vorliegen, soll der Gerichtsprozess noch am selben Tag oder zumindest in den folgenden Tagen beendet werden. Die Realität sieht jedoch anderes aus.



Aydil (3. v. l.) bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit in der Rechtsberatung von MIRIAM

Erfahren die Frauen Unterstützung durch ihre Familie?

Der soziale Druck stellt ein großes Problem dar. Zwar gibt es das neue Gesetz, aber die tief im Patriarchat verwurzelte Gesellschaft hat es noch nicht adaptiert. Nur wenige Frauen können mit der Unterstützung ihrer Familie, Freunde und Nachbarn rechnen. Selbst die Polizei und andere staatliche

Institutionen vertreten noch zu genügend die Auffassung, dass sich die Frau dem Partner unterordnen muss und die Gewalt durch den Partner Ergebnis ihrer Provokation oder Ausdruck seiner Leidenschaft ist. Anstelle die Frau in der Durchsetzung ihrer Rechte zu bestärken, wird sie zur Aufgabe der Strafverfolgung gedrängt.

Im September 2013 gab es eine Reform zum Gesetz 779. Wer sind die Initiatoren der Gesetzesänderung und was sind ihre Argumente?

Das Gesetz 779 verbot die Mediation zwischen der Frau und dem Täter. Das Verbot wurde durch die Reform aufgehoben. Diese Rückkehr in alte Strukturen erfolgte auf Initiative von Rechtsanwälten und fand auch bei einigen Vertretern des Obersten Gerichtshof Zuspruch. Ihrer Meinung nach sei das Gesetz verfassungswidrig, da es den Mann benachteiligen würde. Eine erhebliche Rolle spielt die Kirche, deren Einfluss im nicaraguanischen Alltag allgegenwärtig ist und bis in die höchste gerichtliche Instanz des Staates reicht. Der nicaraguanische Bischof Abelardo Mata äußerte öffentlich, dass die neue Zahl des "Untiers" nicht mehr 666, sondern 779 sei. Im christlichen Glauben steht die Zahl 666 häufig für den Teufel. Der Bischof behauptet, dass das Gesetz die Familie zerstöre und die Frau es ausnutzen würde, um den Partner aus Rache anzuzeigen.

Was bedeutet die Gesetzesreform für die Frau?

Nach einer Statistik der Gerichtsmedizin wurden im Jahr 2008 nur 25 Prozent der Anzeigen vor dem Gericht verhandelt und nur vier Prozent der Täter wurden verurteilt. In der Mediation neigen die Frauen dazu, sich einschüchtern zu lassen oder zu hoffen, dass der Mann sich ändern würde. Daher wird die Mediation weiterhin zur Straflosigkeit der Täter beitragen. Mediation bietet keinen Weg aus einer Beziehung, in der der Mann die Frau dominiert. Ein Teil der Frauen wurde sogar nach der Mediation von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet.

Was ist dringend notwendig, um die Anwendung des Gesetzes zu gewährleisten?

Der Staat muss genügend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stellen. Die im Gesetz 779 geforderten Maßnahmen zum Schutz der Frau sind einzuhalten und es sollte eine Instanz geben, die dies überwacht und gegebenenfalls eingreift.

Was kann MIRIAM tun?

MIRIAM wird sich auch zukünftig für die Menschenrechte der Frau einsetzen und die von Gewalt betroffenen Frauen bis zum Gerichtsurteil begleiten. Wir tragen dazu bei, dass das Gesetz 779 von der Bevölkerung und den staatlichen Behörden getragen wird und ein Umdenken einsetzt, damit nicht mehr die Frau verantwortlich gemacht wird, sondern der Täter.

Vielen Dank für das Gespräch.